



Reformvorschläge der Arbeitgeber

Die jüngsten Vorschläge von Arbeitgeberpräsident *Dieter Hundt* zur Reform des Gesundheitssystems werden vom Präsidenten der Bayerischen Landeszahnärztekammer, *Michael Schwarz*, „grundsätzlich begrüßt“. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hatte gefordert, die Pflichtaufgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung auf eine Basis-Versicherung zu konzentrieren. Medizinisch nicht notwendige Leistungen und versicherungsfremde Leistungen sollten aus dem Katalog der Gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen werden. Mit seinem Vorschlag, Zahnersatz aus dem Grundleistungs-Katalog zu streichen, mache sich, so Schwarz, BDA-Präsident Hundt einen langjährigen Vorschlag der deutschen Zahnärzteschaft zu eigen. „Wenn die Politik nicht endlich die Strukturprobleme und Verschiebepathologien im System der Gesetzlichen Krankenversicherung beseitigt, werden wir dramatische Beitragssatzsteigerungen erleben, die nachhaltige Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Einkommen der Versicherten haben“, so Schwarz. Kritisch äußerte sich der Kammerpräsident zum Vorschlag der BDA, den Wettbewerb im Gesundheitswesen durch Einzelverträge zwischen Kassen- und Ärzteguppen bzw. Kliniken zu stärken. Schwarz: „Wettbewerb setzt Markt voraus. Im Gesundheitswesen gibt es diesen Markt nicht, weil die Politik ihn verhindert.“ pk

Heilberufe im Zahnärztehaus

Auf Einladung von Kammerpräsident *Michael Schwarz* trafen sich Ende September die Spitzen der Bayerischen Heilberufekammern im Münchener Zahnärztehaus. Im Vordergrund stand ein aktueller Bericht des Präsidenten der Bayerischen Apothekerkammer, *Johannes Metzger*, zu den aktuell geplanten Eingriffen der Bundesgesundheitsministerin in die Arzneimittelversorgung. Die Auswirkungen für die Patienten seien ebenso dramatisch wie die Folgen für den Berufsstand der Apotheker. Nimmt man die von der

Bundesregierung forcierte Diskussion zum Thema Versandhandel hinzu, stellt sich für viele Apotheken die Existenzfrage. Für die Heilberufe insgesamt, so Kammerpräsident Schwarz, folge daraus die zwingende Überlegung, das „Bündnis für Gesundheit“ neu zu beleben. Schwarz: „Wir Zahnärzte haben bereits vielfache Erfahrungen mit politischen Eingriffen; unsere Solidarität und Unterstützung gilt nun vor allem den bayerischen Apothekern und ihrer Kammer.“

Weiteres Thema der umfangreichen Agenda war die Novellierung des bayerischen Heilberufekammergesetzes. Die geplante Verkammerung eines weiteren Berufstandes, hier der Psychotherapeuten, sei ein wichtiger Hinweis auf die Zukunft der Selbstverwaltung. Dabei gewinnen die Themen Patientenschutz und Qualitätssicherung an Bedeutung. Die Ärztekammer und Apothekerkammer berichteten über konkrete Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Auch an dieser Stelle wies Kammerpräsident *Michael Schwarz* darauf hin, daß eine Politik, die dem Gesundheitswesen die finanzielle Grundlage entziehe, zugleich jedoch Qualitätsanforderungen formuliere, unglaubwürdig ist. pk

„Aut-idem-Regelung“

Ein erhebliches Gesundheitsrisiko für Patienten sieht Bayerns Gesundheitsminister *Eberhard Sinner* im Vorschlag von Bundesgesundheitsministerin *Ulla Schmidt*, Ärzten künftig nur noch die Verschreibung von Wirkstoffen zu erlauben und den Apotheker zur Abgabe des billigsten Medikaments zu verpflichten. Sinner: „Der behandelnde Arzt hat dann keinen Überblick mehr über die Arzneimittel, die sein Patient nimmt. Was das bedeutet, haben wir bei *Lipobay* gesehen. Nur mit einer Kombination aus mehr Flexibilität bei der Arzneimittelabgabe, einem neuen System der Honorierung von Apothekenleistungen und der Einführung eines freiwilligen Arzneimittelpasses kann Kostendämpfung erreicht werden, ohne die Patientensicherheit zu gefährden.“ Die Verantwortung für die Verschreibung von Arzneimitteln müsse grundsätzlich auch weiterhin beim behandelnden Arzt liegen. Der Minister schlägt dagegen vor, die bisherige „Aut-idem-Regelung“ zu modifizieren. Ärzte wür-